



## Hartz-Rebellion per Petition

Inge Hannemann sammelt Unterschriften für die Abschaffung von Sanktionen. Seite 6

Foto: dpa/Sven Hoppe

## Abgesang auf die WTO

Die Welthandelsorganisation ringt um einen neuen Freihandels-Konsens. Seite 8

## Bittere Bohnen

Afia Owusu über die Lage der Kakao-Farmer in Ghana. Seite 10

Foto: AFP/Issouf Sanago

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 3. Dezember 2013

68. Jahrgang/Nr. 281 Berlinausgabe 1,60 € www.neues-deutschland.de



### STANDPUNKT

## Die Richter und die Spitzel

Velten Schäfer über die Neuauflage des NPD-Verbotsantrags

Der neuerliche Antrag auf ein Verbot der NPD steht unter keinem guten Stern. Nicht einmal Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), sonst mit der großen Keule schnell bei der Hand, scheint an einen Erfolg zu glauben, die Kanzlerin wünscht unverbündlich Glück. Es scheint fast, als hofften Teile der Regierung in Wahrheit auf ein Scheitern.

Dafür gäbe es Gründe. Denn man darf nicht nur gespannt sein, wie sich Karlsruhe in der heiklen Frage eines Parteienverbotes verhält. Das Urteil wird weiter reichen: Wenn Karlsruhe nämlich findet, dass der neue, ohne V-Leute zusammengetragene Antrag stichhaltig ist, womit ließe sich dann ein weiterer Einsatz verdeckter Spitzel rechtfertigen?

Um Radikalisierungsprozesse zu erkennen? Um ein Verbot durchzusetzen? Letzteres darf der Verfassungsschutz nicht, da er keine Polizeigewalt hat. Und bezüglich der Früherkennung hat das Spitzelsystem beispiellos versagt: Just als zahllose V-Leute in der NPD und deren Umfeld operierten und Material für den gerade deswegen gescheiterten Erstantrag von 2003 sammelten, lief die Mordserie des – im neuen Antrag als die NPD mitbelastend aufgeführten – NSU auf Hochtour. Erkannt oder gemeldet hat das niemand.

Somit bedeutete ein diesmal positiver Karlsruher Bescheid nichts anderes als schon beim letzten Mal die Ablehnung: eine schallende Ohrfeige für die Praktiken der Verfassungsschutzämter. Und wäre damit nicht unbedingt im Sinn des Innenministers.

### UNTEN LINKS

Leider, so muss man nach Tagen banger Ungewissheit bilanzieren, leider ist vom **Schweifstern** Ison im Ergebnis seiner Begegnung mit der Sonne praktisch nichts übrig. Alt war er, ehrwürdig und erfahren, aber die unbarmherzige Sonne hat ihn zerlegt. Alt, ehrwürdig und erfahren ist auch die SPD, und nun könnte es dem Kometen Sigmar, der sich wie mancher vor ihm tollkühn der Sonne Angela nähert, ähnlich ergehen wie Ison. Der, sagen Fachleute, existiere »in seiner bisherigen Form nicht mehr«. Möglicherweise gebe es noch kleine aktive Teile, aber »ob überhaupt noch etwas Festes da ist«, könne man nicht feststellen. Unklar auch, ob der Überrest seinen Weg »als kleines Bruchstück oder als Ensemble von Fragmenten fortsetzt«. Ebenso ungewiss, ob man den versehrten Kometen noch beobachten könne. Sicher ist dagegen: »Eine große Show ist nicht mehr zu erwarten.« Wir befürchten für Komet Sigmar jetzt das Allerschlimmste. wh

Einzelpreis Tschechien 67/77 CZK  
ISSN 0323-4940



# Wann kommt die Bio-Drohne?

Vorläufig plant Amazon Expresslieferungen per Flugroboter



Foto: fotolia/karoshi

Berlin. Die Idee, etwas von A nach B durch die Luft zu transportieren, ist nicht neu. In der Variante, die der Online-Händler Amazon plant, wäre sie vorerst revolutionär: Per Mini-Drohnen sollen Bestellungen zugestellt werden. Konzerngründer Jeff Bezos erklärte in einem Fernsehinterview, der Konzern arbeite an eigenen Fluggeräten. Diese »Octocopter« sollen die Ware binnen 30 Minuten zum Käufer bringen. Zunächst seien Tests und Zulassungen der US-Luftfahrtbehörde FAA nötig. In vier bis fünf Jahren könnte es soweit sein.

Die Dienstleistung dürfte für kleine, eilige Bestellungen auf kurze Entfernung vorbehalten bleiben.

Die achtmotorigen Drohnen könnten Waren von bis zu 2,5 Kilogramm transportieren und pro Lieferung etwa 16 Kilometer zurücklegen, sagte Bezos. Ihre Abnehmer sollen sie anhand der Koordinaten finden, die bei der Bestellung angegeben wurden. Wie genau die Drohnen sich orientieren, um etwa Hindernissen auszuweichen, blieb offen.

Die Reaktionen im Internet auf die Ankündigungen kamen prompt: »Weiß man eigentlich etwas über die Arbeitsbedingungen für Drohnen bei Amazon?«, lautete etwa eine Frage beim Kurznachrichtendienst Twitter, die den Bogen schlägt von der schön ausgemalten Zukunft zur Realität bei Amazon: Die Arbeitsbedingungen sind ebenso mies wie das Verhältnis zu Gewerkschaften. In Deutschland weigert sich der Versandhändler, Mitarbeiter nach dem Tarifvertrag für den Einzelhandel zu bezahlen. Daher gibt es seit Monaten immer wieder Warnstreiks. Um sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, suchen Gewerkschafter aus Sachsen, Tschechien und Polen jetzt den Schulterchluss. Gegenüber solch aufmüppigen Beschäftigten hat die Drohne einen unschätzbaren Vorteil: Sie streikt nicht – oder nur dann, wenn ihr Akku leer ist. nd/dpa

Seiten 4, 9 und 17

## Grundhaltung gegen die Grundordnung

Im zweiten Anlauf legen die Länder heute ihren Antrag auf ein NPD-Verbot dem Verfassungsgericht vor

**2003 scheiterte der von Bund und Ländern vorgelegte Verbotsantrag schon vor einer Sachentscheidung. Nun wird sich zeigen, wie hoch Karlsruhe bei Parteienverboten die Hürde legt.**

Von Velten Schäfer

Die vermutlich kommende Große Koalition hält in einem wichtigen Punkt an der Haltung der schwarz-gelben Vorgängerregierung fest: Die Bundesregierung – und mit ihr wohl die schwarz-rote Bundestagsmehrheit – hält nichts von dem Ansinnen, nach dem an zu vielen V-Leuten gescheiterten Versuch von 2003 einen zweiten Antrag auf ein Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht vorzulegen. Das Thema kommt im Koalitionsvertrag nicht vor. Der SPD-Innenpolitiker Michael Hartmann klagt in der »Saarbrücker Zeitung« vom Dienstag, die SPD habe sich diesbezüglich nicht durchsetzen können.

Damit stehen die Länder, die heute ihren Antrag in Karlsruhe stellen, allein. Dabei hatte die SPD noch im April 2013 im Bundestag einen Antrag gestellt, dem zufolge sich das Parlament der seit November 2012 vorbereiteten Initiative des Bundesrates anschließen sollte; wie ein früherer Antrag der Linksfraktion war dieser Vorstoß aber gescheitert. Aus der Bundes-Union gab es viele Gegenstimmen, die FDP war dagegen, die Grünen enthielten sich.

Die NPD, hatte die SPD-Bundestagsfraktion noch im April formuliert, sei »nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger darauf aus, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und sogar zu beseitigen«. Ihre Politik sei bestimmt durch eine »aktiv kämpferische, aggressive Grundhaltung, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ge-

richtet ist«. Sie vertrete eine »antisemitische, rassistische und ausländerfeindliche Einstellung« und sei »mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt«.

**Im neuen Verbotsantrag wird die NPD als eine unmittelbare Wiedergängerin der NSDAP porträtiert.**

Ganz ähnlich ist der Tenor des nun vorzulegenden Länder-Antrags. Auch darin wird die NPD – auf Basis öffentlich zugänglicher, nicht geheimdienstlich gewonnener Materialien – als Wiedergängerin der NSDAP porträtiert. Wie die Nazi-Partei propagiere sie einen völkisch-biologischen Menschenbegriff, nach dem etwa »Asiaten« niemals Deutsche werden

könnten. Die Autoren des Antisemitismus, rassistische und ausländerfeindliche Einstellung« und sei »mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt«.

Die Bundesregierung hielt sich im Vorfeld erstaunlich bedeckt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ ausrichten, sie wünsche dem Antrag viel Glück. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) wurde vom »Spiegel« kürzlich sinngemäß mit der Aussage zitiert, mit dem Verbotsantrag könnten die Länder von ihm aus gerne alleine scheitern.

## Für die Ukraine Ausnahmezustand im Gespräch

Rechtsextremist ruft »Revolution!« / Opposition fordert Rücktritte

Kiew. Tausende Demonstranten belagerten auch Montag das Regierungsviertel in der ukrainischen Hauptstadt. Mehr als 2000 Regierungsgegner blockierten die Eingänge zum Regierungssitz, das Rathaus der Stadt ist seit Sonntag besetzt. Die Opposition rief zu einem landesweiten Generalstreik auf und forderte die Demonstranten auf, bis zum Rücktritt von Präsident Viktor Janukowitsch auszuharren. Der Chef der oppositionellen UDAR-Partei, Profiboxer Vitali Klitschko, rief dazu auf, das Regierungsviertel bis zum Rücktritt Janukowitschs zu belagern. »In der Ukraine beginnt eine Revolution«, erklärte der Chef der rechtsextremen Swoboda-Partei, Oleg Tjagnibok.

Angeht die Aktivitäten »destruktiver Kräfte« bat das Parlament der Krim mit 76 von 78 Stimmen der anwesenden Abgeordneten Präsident Janukowitsch um die Verhängung des Ausnahmezustands. Nach ukrainischen Medienberichten soll das für das Land oder allein die Hauptstadt Kiew von Vertretern der Administration des Präsidenten und der Regierung bereits erwogen worden sein. Parlamentspräsident Wladimir Rybak dementierte. Ein Ausnahmezustand sei »heute auf keiner Ebene beraten« worden.

In der Nacht zum Montag waren fast 10 000 Regierungsgegner auf dem Unabhängigkeitsplatz im Stadtzentrum geblieben, wo eine Zeltstadt errichtet wurde. Die Demonstranten forderten den Rücktritt von Präsident Janukowitsch und Ministerpräsident Mykola Asarow. Ein Ausschuss habe empfohlen, auf der Sitzung an diesem Dienstag für Asarows Ablösung zu stimmen, wurde aus dem Parlament berichtet.

Europäische Spitzenpolitiker wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen riefen dazu auf, keine Gewalt anzuwenden. Die Außenminister Polens und Schwedens bekundeten Solidarität mit den Demonstranten. nd/Agenturen Tagesthema Seite 2

### KURZ

#### Weiteres Spardiktat abgelehnt

Athen. Der griechische Außenminister Evangelos Venizelos hat sich nach Angaben aus Athen in einem Telefongespräch mit dem amtierenden deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble gegen weitere Sparmaßnahmen ausgesprochen. Die Griechen könnten keine zusätzlichen Sparauflagen verkraften. dpa/nd

#### Chang'e 3 auf Mondkurs

Peking. China hat erfolgreich das Raumschiff »Chang'e 3« auf den Weg zum Mond gebracht. Eine Rakete vom Typ »Langer Marsch 3B« startete in der Nacht zum Montag Ortszeit (Sonntag MEZ) vom Raumfahrtbahnhof Xichang in der südwestchinesischen Provinz Sichuan. Die Mondsonde soll in zwei Wochen auf dem Erdtrabant landen. dpa/nd

#### Keine Home-Ehe in Kroatien

Zagreb. Die Bürger Kroatiens haben in einem Referendum für ein Verbot der Homo-Ehe gestimmt. Wie die Wahlkommission in Zagreb am Sonntagabend bekanntgab, stimmten fast 66 Prozent der Wähler für eine Verfassungsänderung, wonach eine Ehe nur zwischen einem Mann und einer Frau eingegangen werden kann. AFP/nd Seite 7

#### RWE-Kunden müssen draufzahlen

Essen. Der Energiekonzern RWE reicht die zu Jahresbeginn steigende EEG-Umlage an rund 750 000 Stromkunden weiter. Sie müssen bis zu 6,3 Prozent mehr bezahlen. dpa/nd